

Prüfungsteil 9: Recht

Kandidatennummer

Prüfungsdauer

40 Minuten

Anzahl Seiten der Prüfung (inkl. Deckblatt)

10

Beilage(n)

Keine

Maximale Punktzahl

40 Punkte

Erzielte Punkte

Note

Hinweise

- Schreiben Sie die Kandidatennummer auf sämtliche Blätter (Prüfung und allfällige Zusatzblätter).
- Prüfen Sie den Aufgabensatz auf seine Vollständigkeit.
- Schreiben Sie Ihre Antworten ausschliesslich auf die Vorderseiten der Antwort-/Lösungsblätter.
- Verwenden Sie bei Bedarf für Ihre Lösungen ein offizielles Zusatzblatt, welches Ihnen auf Handzeichen zur Verfügung gestellt wird.
- Die blosser Nennung eines Gesetzes- oder Verordnungsartikels reicht nicht aus (ausser dies wird ausdrücklich erlaubt).
- Die Aufgaben können in beliebiger Reihenfolge gelöst werden. Das Punktemaximum wird bei jeder Aufgabe angegeben. Teillösungen ergeben ebenfalls Punkte.
- Benutzen Sie Kugelschreiber, Filzstift oder Tinte (dokumentenecht, nicht radierbar, keine rote Farbe und kein Bleistift) zum Lösen der Prüfung.

Die Experten/innen**Datum****Unterschriften**

Experte 1

Experte 2

Prüfungsteil 9: Recht

Kandidatennummer

--

Aufgabe 1: Leistungskürzungen (3 Punkte)**Ausgangslage**

Versicherungsleistungen können wegen Selbstverschuldens gekürzt oder verweigert werden.

Aufgabe 1.1 (1 Punkt)

Nennen Sie die gesetzliche Grundlage im ATSG.

Aufgabe 1.2 (1 Punkt)

Bei welchem Sozialversicherungszweig wird diese Bestimmung generell nicht angewandt?

Aufgabe 1.3 (1 Punkt)

Nennen Sie eine Leistungsart, die durch ein Sozialversicherungsgesetz ausdrücklich von der Kürzung ausgenommen ist (unbedingt auch zugehörigen Gesetzesartikel anführen).

Lösungsvorschläge

- 1.1 ATSG 21
- 1.2 IV und ALV (AVIG 1a!)
- 1.3 z.B. Hilflosenentschädigung (IVG 7b), Bestattungskosten (UVG 37) oder Eingliederung MV (MVG 66)

Prüfungsteil 9: Recht

Kandidatennummer

--

Aufgabe 2: Politische Instrumente (3 Punkte)**Ausgangslage**

Bürgerinnen und Bürger haben verschiedene Möglichkeiten, den politischen Betrieb zu beeinflussen.

Aufgabe

Kreuzen Sie die zutreffende Einflussmöglichkeit an. Es ist nur jeweils eine Möglichkeit richtig.

Antwortmöglichkeiten mit Lösungsvorschlägen

	Volksinitiative	Fakultatives Referendum	Obligatorisches Referendum
Bürgerinnen und Bürger möchten das Rentenalter in der AHV generell auf 67/67 erhöhen.	X		
Bürgerinnen und Bürger möchten eine generelle Freistellung aller Kinder unter 16 Jahren von der Prämienpflicht bei der Krankenversicherung.	X		
Der Bund ergänzt das Familienzulagen-Gesetz und will eine obligatorische Geburtszulage einführen.		X	

Prüfungsteil 9: Recht

Kandidatennummer

--

Aufgabe 3: Verfahrensgrundsätze (3 Punkte)**Ausgangslage**

Verwaltung und Gerichte wenden das Recht von Amtes wegen an und sind dem Untersuchungsprinzip verpflichtet.

Frage

Warum ist das Prinzip der Rechtsanwendung von Amtes wegen in Verbindung mit dem Untersuchungsprinzip für die Sozialversicherungen vor allem wichtig für die Versicherten, die nicht von einem Anwalt vertreten sind oder auch für Versicherte, die im Umgang mit den Behörden unerfahren sind? Begründen Sie Ihre Antwort stichwortartig.

Lösungsvorschläge

Versicherung muss Sachverhaltsabklärung von Amtes wegen vornehmen, d.h. ganzen relevanten Sachverhalt ermitteln. Versicherung muss alle möglichen Leistungen, welche für den Versicherten in Betracht fallen können, von sich aus prüfen und gegebenenfalls zusprechen.

Prüfungsteil 9: Recht

Kandidatennummer

--

Aufgabe 4: Reihenfolge von Erlassen (5 Punkte)**Ausgangslage**

Das Handeln auch der Sozialversicherungen stützt sich auf Erlasse verschiedener Hierarchiestufen ab, z.B. auf Verordnungen des Bundesrats, auf Kreisschreiben, auf die Bundesverfassung, auf Bundesgesetze oder auf Departements-Verordnungen.

Aufgabe

Setzen Sie die fünf eben erwähnten Erlasse in die richtige, absteigende Reihenfolge.

1.

2.

3.

4.

5.

Lösungsvorschläge

1. Bundesverfassung
2. Bundesgesetze
3. Bundesrats-Verordnungen
4. Departements-Verordnungen
5. Kreisschreiben

Prüfungsteil 9: Recht

Kandidatennummer

--

Aufgabe 5: Streiterledigung im Verfahren (5 Punkte)**Ausgangslage**

Die Krankenversicherung Maladia und der Versicherte Wolfgang Pech streiten sich seit Monaten über die Kostenübernahme für ein neues, lebenserhaltendes, sehr teures Medikament, dessen Wirksamkeit schwierig abzuklären ist. Beide Parteien wollen nun diesen Streit einvernehmlich beilegen.

Frage 5.1 (2 Punkte)

Wie lautet der rechtliche Begriff für diese Einigung?

Frage 5.2 (1 Punkt)

Wo findet sich die gesetzliche Grundlage?

Frage 5.3 (1 Punkt)

In welcher Form muss diese Einigung eröffnet werden?

Frage 5.4 (1 Punkt)

Warum können nicht alle Streitigkeiten auf diese Weise erledigt werden?

Lösungsvorschläge

- 5.1 Vergleich (2 Pt.)
- 5.2 Art. 50 ATSG (1 Pt.)
- 5.3 Verfügung (1 Pt.)
- 5.4 Weil von ATSG 50 nur Leistungsstreitigkeiten (und keine Beitragsstreitigkeiten) erfasst sind (1 Pt.)

Prüfungsteil 9: Recht

Kandidatennummer

--

Aufgabe 6: Kosten des Verfahrens (9 Punkte)**Ausgangslage**

Der Versicherte X. hat sich gemäss Arbeitslosenversicherung ungenügend um offene Stellen bemüht. Daher verfügt sie 30 Einstelltage. X. will sich gegen den Entscheid wehren. X will wissen, ob er Anspruch auf einen unentgeltlichen Rechtsbeistand habe, und wie hoch die Verfahrenskosten seien.

Aufgabe

Erläutern Sie die einzelnen Schritte

Unentgeltlicher Rechtsbeistand

	Voraussetzungen für die Kostenübernahme eines Rechtsbeistandes	Gesetzliche Grundlagen
Verwaltungsverfahren		Nicht beantworten!
Verfahren vor kantonalem Gericht		
Verfahren vor Bundesgericht		

Kosten des Verfahrens

	Kosten des Verfahrens	Gesetzliche Grundlage
Verfahren vor kantonalem Gericht		
Verfahren vor Bundesgericht		

Prüfungsteil 9: Recht

Kandidatennummer

--

Lösungsvorschläge

Rechtspflege: finanzielle Bedürftigkeit, nicht aussichtsloses Verfahren, notwendige Vertretung (3 Pt.)

ATSG 37, ATSG 61 Buchst. f, BGG (2 Pt.)

Verfahrenskosten: keine bzw. CHF 200-1000 (2 Pt.)

ATSG 61 Buchst. a und BGG 65 (2 Pt.)

Prüfungsteil 9: Recht

Kandidatennummer

--

**Aufgabe 7: Verfassungsmässige Grundsätze und Zuständigkeit der Gerichte
(12 Punkte)****Ausgangslage**

Andreas und Luiza Immergrün sind verheiratet. Luiza, mittlerweile Schweizerin, stammt aus Brasilien. Das Ehepaar wohnte in Zürich und verlegte 2008 den Wohnsitz nach Brasilien. Andreas arbeitete dort. Er schloss sich der freiwilligen AHV an und bezahlte Beiträge aufgrund des Erwerbseinkommens.

2009 erkundigte er sich beim Schweizerischen Generalkonsulat in Rio de Janeiro betreffend der Möglichkeit der freiwilligen Versicherung für Luiza. Er erhielt schriftlich die Antwort, dass Luiza ja über ihn versichert sei und er aus seiner Erwerbstätigkeit mindestens den doppelten Minimalbeitrag bezahle. Somit sei alles in Ordnung und Luiza müsse nichts unternehmen.

2017 meldet sich Luiza zum Bezug der Altersrente an. Mit Verfügung wird ihr eröffnet, dass sie lediglich eine Teilrente beanspruchen könne, nachdem sie die letzten acht Jahre nicht bei der AHV versichert war und keine Beiträge geleistet hat. Andreas will wissen, ob man dagegen etwas unternehmen könne. Schliesslich habe er ja noch beim Generalkonsulat nachgefragt.

Frage 7.1 (2 Punkte)

Welcher Rechtsgrundsatz ist hier möglicherweise verletzt?

Frage 7.2 (5 Punkte)

Welches sind die einzelnen rechtlichen Voraussetzungen, welche in einem solchen Fall im Allgemeinen erfüllt sein müssen?

Frage 7.3 (2 Punkte)

Sind diese Voraussetzungen im konkreten Fall erfüllt? Antworten Sie in Stichworten.

Frage 7.4 (1 Punkt)

Welche Konsequenzen ergeben sich bejahendenfalls für den Leistungsanspruch von Luiza?

Prüfungsteil 9: Recht

Kandidatennummer

--

Im weiteren Verlauf entscheidet die zuständige AHV-Ausgleichskasse mit Einsprache-Entscheid, dass sie an ihrer ursprünglichen Verfügung festhält.

Frage 7.5 (1 Punkt)

Welches kantonale Gericht ist im Normalfall in Sozialversicherungsangelegenheiten für versicherte Personen mit Wohnsitz im Ausland zuständig? Nennen Sie das zuständige Gericht unter genauer Angabe der entsprechenden Rechtsgrundlage.

Frage 7.6 (1 Punkt)

Welches Gericht ist hier konkret für das Begehren von Frau Immergrün zuständig? Nennen Sie die entsprechende Rechtsgrundlage.

Lösungsvorschläge

- 7.1 Treu und Glauben oder Verbindlichkeit einer Falschauskunft (2 Pt.)
- 7.2 Vorbehaltlose Auskunftserteilung in einem konkreten Einzelfall aufgrund einer vollständigen und richtigen Sachverhaltsdarstellung, - Die Unrichtigkeit der Auskunft darf nicht ohne weiteres erkennbar gewesen sein - Die Amtsstelle ist zu dieser Auskunft zuständig oder konnte gutgläubig als zuständig angesehen werden - Unwiederbringliche Disposition des Bürgers im Vertrauen auf die Zusicherung oder Auskunft - Unveränderte Rechtslage seit Erteilung der Auskunft (5 Pt.)
- 7.3 Alle fünf Voraussetzungen erfüllt (2 Pt.)
- 7.4 Rente wird berechnet, wie wenn sie versichert gewesen wäre. (1 Pt.)
- 7.5 Zürcher Versicherungsgericht, d.h. Gericht am letzten schweizerischen Wohnsitz, Art. 58 ATSG (1 Pt.)
- 7.6 Bundesverwaltungsgericht [in St. Gallen] Art. 85bis AHVG (1 Pt.)